



Rundbrief 2018/3

In diesem Rundbrief:

Aktuell: Arbeiterkammer mitgestalten!	S. 2
8. März: Internationaler Frauentag	S. 4
GÖD: Vorauseilender Gehorsam?	S. 6
Stellungnahme der UGÖD: Die Sache WBV GÖD	S. 9

ugod.at



Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgegliederten Betrieben

Aktuell: Arbeiterkammer mitgestalten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



wir sind nicht nur in der Gewerkschaft, sondern auch **in der Arbeiterkammer aktiv!**

Wir haben viele aktive AK-Mitglieder, vor allem an Universitäten und ausgegliederten Dienststellen.

Und zusammen mit der AUGE/UG führen wir traditionell eine gemeinsame AK-Liste, denn vereint sind wir stärker.

Zwischen **12. - 25. März 2019** findet die nächste **bundesweite AK-WAHL** statt, die Wahlvorbereitungen sind bereits in vollem Gange.

Unsere unabhängigen AK-RätInnen in der AK-Vollversammlung
Bild: AUGE/UG



Aktuell: Arbeiterkammer mitgestalten!

Du hast Interesse an einer **Funktion als AK-RätIn** (oder Ersatz-AK-RätIn)?
Du möchtest einfach mal bei den **Wahlvorbereitungen** hinter die Kulissen blicken?

Es finden pro Jahr zwei Vollversammlungen auf Landesebene statt, die Bundes-AK ist nur ein relativ kleines Koordinierungsgremium.

Dazu gibt es Arbeitsgruppensitzungen, in denen meistens AK-MitarbeiterInnen an die AK-RätInnen berichten, bzw diskutiert wird z.B. über Anträge, die die Vollversammlung der AG zugewiesen hat.

Mehr Infos? Wir freuen uns auf dich:



Connie Lamm

AK-Rätin, Betriebsrätin in der Statistik Austria

+43 / 650 / 277 3019
cornelia.lamm@statistik.gv.at



Ernst Eigenbauer

AK-Rat, Betriebsrat an der MedUni Wien

ernst.eigenbauer@meduniwien.ac.at

8. März: Internationaler Frauentag

**Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2018
finden folgende Veranstaltungen statt:**

Führungen der Frauendokumentationsstelle Ariadne der Österreichischen Nationalbibliothek durch die Dauerausstellung des Literaturmuseums mit den Schwerpunkten:

**Frauenfrage und Weibliches Schreiben in der
österreichischen Frauenliteraturgeschichte**

Führung 1 (10 - 18.30h)

Frauenrechte und emanzipatives Schreiben von Schriftstellerinnen von der Aufklärung bis zur Jahrhundertwende

Führung 2 (10 - 18.30h)

Neue Frau und Geschlechterverhältnisse vom Fin-de Siècle bis Ende der Dreißiger-Jahre mit ihren Vorbildern der Aufklärung

Internationaler Frauentag
Donnerstag, 8. März 2018, 19:00 Uhr
Literaturmuseum der Österreichischen Nationalbibliothek
1010 Wien, Johannesgasse 6



**Vor 100 Jahren solidarisch aktiv:
Clara Zetkin und Rosa Luxemburg**
Foto: Public Domain, 1910

Abendveranstaltung:

„Frauen wählet“ – 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich

Internationaler Frauentag

Donnerstag, 8. März 2018, 19:00 Uhr

Literaturmuseum der Österreichischen Nationalbibliothek

1010 Wien, Johannesgasse 6

Begrüßung: Dr. Johanna Rachinger, **Vorstellung der Website „Frauen wählet!“**



<https://www.onb.ac.at/forschung/ariadne-frauendokumentation/frauen-waehlet/>

Podiumsdiskussion: Ass.Prof. Dr. Birgitta Bader-Zaar, Institut für Geschichte der Universität Wien.
Eva Geber, langjährige Redakteurin des feministischen Magazins AUF
Nadine Kegele, Autorin von „Lieben muss man unfrisiert: Protokolle nach Tonband“

Moderation: Angelika Hager (Profil)



<https://www.facebook.com/events/137045796982529/>

<https://tinyurl.com/ya84dfcp>

Bis 12. März 2018: Frauenvolksbegehren



Hier könnt ihr unterschreiben: <https://frauenvolksbegehren.at/>



Heute solidarisch aktiv: Die Unabhängigen Gewerkschafterinnen

Aktuelles GÖD-Magazin präsentiert das **Regierungsprogramm** als „**bunte Smartie-Vielfalt**“ und distanziert sich von der „**heulenden Oppositionsmeute**“

Quelle: <https://goed.at/fileadmin/magazin/2018-01/>



Streichen von öffentlichen Aufgaben und Aufnahmestopp

Der inoffizielle Chefredakteur Fritz Neugebauer lässt im Editorial kurz den GÖD-Vorsitzenden Norbert Schnedl zu Wort kommen. Der reagiert auf die unmissverständlich angesagte neoliberale Offensive mit einer defensiven, auf die angespannte Personalsituation im öffentlichen Dienst beschränkte Ansage:

Die von der Regierung angekündigte „Aufgabenreform“ könnte zur Entlastung der KollegInnen

Das aktuelle Regierungsprogramm - eine ‚bunte Vielfalt‘?

Was wir sehen: Bunter Kinderkram mit brauner Füllung

durch den Wegfall von Aufgaben führen, wegen der großen Pensionierungswelle bräuchte es aber auch Neuaufnahmen. Und für sein Strukturreformprogramm hat der zuständige Justizminister Moser in einem ZIB2-Interview versprochen, „partizipativ mit der Bevölkerung und gleichzeitig mit den öffentlich Bediensteten für Österreich mit Österreich“ vorzugehen.

Nicht das Schaffen notwendiger Arbeitsplätze zur Sicherung der Qualität gemeinwohlorientierter

Leistungen und zum Abbau von chronischer Überbelastung der KollegInnen, sondern das Reduzieren von Aufgaben, egal ob Verwaltungsabläufe vereinfacht oder am Sozialstaat gespart werden soll. Kostenneutrales Wohlverhalten gegenüber dem neuen ÖVP-FPÖ-Dienstgeber und seiner sozial restriktiven Budgetpolitik?

Wirtschafts-, Sozial-, Steuer- und Budgetpolitik für die GÖD kein Thema?

Die **UGÖD-Forderung** nach einer sachlich fundierten, kritischen Einschätzung des Regierungsprogramms durch die GÖD ist im GÖD-Vorstand Minderheitenprogramm geblieben. Die **von ÖVP und FPÖ beabsichtigten Folgen** für die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst und in den ausgegliederten Betrieben, für Voll-, Teilzeit- und prekär Beschäftigte aller Branchen, für Erwerbsarbeitslose, für Alte und Junge, Frauen und Männer, MigrantInnen und „Einheimische“, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie sind bis auf weiteres für FCG und anscheinend auch für die FSG kein GÖD-Thema.

Eine Folgeneinschätzung des vorliegenden Regierungsprogramms sei keine Aufgabe der Teilgewerkschaft GÖD, sondern eine des ÖGB, der für Wirtschafts- und Sozialpolitik, für Steuer- und Budgetpolitik zuständig ist. Eine erste ÖGB-Stellungnahme gibt es seit November 2017, sie ist auch für GÖD-Mitglieder hier abrufbar:



tinyurl.com/y81e7b15

Sozialabbau zugunsten marktmächtiger Unternehmen

Die über 5 Seiten ausgebreitete Titelgeschichte im aktuellen GÖD-Magazin 1/2018 heißt „Die Gelegenheit ergreifen“.

Was diese mit sachkundig-kritischer Analyse des Regierungsprogramms zu tun haben könnte, kann auf Seite 10-18 von GÖD-aktuell-1/2018 gesucht werden. Konkrete GÖD-Forderungen oder gewerkschaftliche Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung gibt es keine. Gerade so, als ob kostenneutrales Wohlverhalten angesagt wäre. Abwarten und informelle

Gespräche mit gestandenen schwarzen Parteifreunden in der Regierung - wie gehabt - wird's mit Kurz, Blümel und ihren Vertrauten nicht geben, erst recht nicht mit dem FPÖ-Bundesministerium für öffentliche Dienste und dem Innenminister.

Eckehard Quin: Sachkenntnis fehlt

GÖD-Autor für diese Geschichte ist der auf Neugebauer-Zuruf ins GÖD-Präsidium kooptierte Dienstrechtsreferent Eckehard Quin. Weil dem „nicht nur der Platz, sondern in vielen Bereichen die Sachkenntnis fehlt“, beschränkt sich sein Artikel auf zumeist **kommentarlos-zustimmiges Zitieren von Passagen des Regierungsprogramms**, in denen vom öffentlichen Dienst die Rede ist.

Die Folge: GÖD-Mitglieder werden in ihrer GÖD-Gewerkschaftszeitung **keine Hinweise auf die Belastungen** finden, die **Türkis-Blau** allen ArbeitnehmerInnen zumuten wollen und die auch öffentlich Bedienstete und „ausgegliederte“ ASVG-DienstnehmerInnen betreffen.

Das alles wird im GÖD-Magazin ausgespart:

- Die Schwächung von AK- und ÖGB
- Einzelbetriebskollektivvertrag statt Branchenkollektivvertrag
- Sozialabbau und Sozialversicherungsumbau
- 12-Stunden-Arbeitstag
- 60-Stunden-Arbeitswoche
- Wegfall der Notstandshilfe für Arbeitslose
- Kürzung der Mindestsicherung
- Verschärfung im Asyl- und Bleiberecht
- Ausgrenzung sozial Schwacher
- Schwarzblaue Pädagogik mit Ziffernnotendruck und Ausbau des Zweiklassen-Schulsystems
- Kapital- und Vermögensförderung auf Kosten der sozialen Wohlfahrt

Und Quins einleitende Kritik am "ungustiösen zweideutigen Kickl-Sager" über das konzentrierte Halten von Flüchtlingen wird zum Aufhänger für eine Distanzierung von der "heulenden Oppositionsmeute".

Nur leise Kritik

Leise Kritik gibt es zwar an den angekündigten Einsparungen durch Nichtnachbesetzung:

Zitat:

„Hier mehrere Millionen Euro einsparen zu wollen, ist ein - sagen wir [=Quin] es einmal vorsichtig - kühnes Vorhaben.“

Was **auf 7 Seiten kommentarlos-unkritisch** ausgebreitet wird, ist **der Wortlaut** von Passagen **des Regierungsprogramms** und seiner Chancen für Justiz, Polizei (Personalaufstockung!) und Bundesheer (mehr Budget!) und Bildung (unmissverständliches Bekenntnis zum differenzierten Schulsystem!).

Leise Skepsis findet sich aber dann doch auch noch am Ende, in Form noch eines Zitats aus der Regierungserklärung (Achtung: Ironie!):

„Alle vorgesehenen Maßnahmen werden nur umgesetzt, wenn sichergestellt ist, dass etwaige Mehrkosten oder Mindereinnahmen durch strukturelle Gegenfinanzierungsmaßnahmen gedeckt sind.“

Den Schluss macht ein original-englisches Kennedy-Zitat über ein chinesisches Krisensprichwort, Quins Übersetzung:

„Ich bin dafür, Gelegenheiten, die sich bieten, zu ergreifen.“

No na...

Taten und Forderungen der UGÖD

Wir UGÖDlerInnen in Personalvertretungen, Betriebsräten, im GÖD-Frauenausschuss und im Vorstand kritisieren nicht von außen. Wir bringen Themen in der GÖD ein und setzen Initiativen in unserer Gewerkschaft. Für eine aktive, die KollegInnen informierende und mobilisierende Gewerkschaftspolitik.

Auch wenn für die Mehrheitsfraktion FCG noch immer nicht klar ist, dass gegen Kurz und sein autoritäres Durchgriffsrecht in der ÖVP auch für die GÖD **parteionabhängige, von vielen Mitgliedern aktiv mitgestaltete Gewerkschaftsarbeit angesagt** ist. Die klare Absage des GÖD-Vorsitzenden an die AK- und ÖGB/KV-Abrisspläne der Regierungsparteien, die noch vor der NR-Wahl über die Homepage abrufbar war, im GÖD-Magazin fehlt sie. Archiviert und abrufbar unter

 www.goed.at/video
www.vimeo.com/251768055

Join the Union, change the Union!
Glück auf, trotz alledem!

Reinhart Sellner,
Vertreter der UGÖD im GÖD-Vorstand

Stellungnahme der UGöD: Die Sache 'WBV GÖD'

**Die WBV GÖD macht wieder Negativschlagzeilen.
Doch wenn die Gemeinnützigkeit aberkannt wird,
nützt das nur privaten Investoren-Interessen.**

Von Josef Hoppichler



Wir, die UGÖD, mussten im Sommer 2017 mit Bedauern feststellen, dass die Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft GmbH „WBV GÖD“ trotz GÖD-Logo nicht mehr im Eigentum und unter dem Einfluss der GÖD steht.

Laut Auskunft der GÖD befand sich die WBV-GÖD bis 2004 zu 100% im Eigentum der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), doch in diesem Jahr sei sie gänzlich verkauft worden, nur ihr Name sei unter Wahrung der Interessen der GÖD weitergeführt worden.

Diese Interessenwahrung habe dadurch stattgefunden, dass der damalige GÖD-Vorsitzende (FCG) und sein Stellvertreter (FSG) in den Aufsichtsrat der neuen Eigentümer berufen worden seien – dem sie auch heute noch angehören.

Siehe auch



<https://tinyurl.com/y8wo3tsr>

Viele Fragen offen

Es bestehen von Seiten der UGÖD in vielerlei Hinsicht, insbesondere aber nach umfangreichen Medienberichten zur WBV GÖD seit Juni 2017 und der Kommentierung ihres Verkaufs an Firmen im Einflussbereich des „Heumarkt-Investors“ DDr. Michael Tojner, große Zweifel an der Rechtmäßigkeit aller bisherigen Transaktionen in der Eigentümerschaft (siehe dazu Medien-Link-Liste weiter unten). Zudem ergeben sich komplexe Fragen zur Nutzung des Namens und des GÖD-Logos durch die WBV GÖD.

Name ungesetzlich

Aus umfangreichen Recherchen der UGÖD geht eindeutig hervor, dass insbesondere seit 2009 die Eigentumsübertragungen nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz (WGG) nicht durchgeführt hätten werden dürfen und dass die notwendige Aufsichtspflicht der Wohnbaubehörde extrem vernachlässigt wurde. Auch zeigen viele der im Firmenbuch nachvollziehbaren rechtlichen Handlungen der Organe der WBV GÖD bzw. ihrer Muttergesellschaft, dass diese mit dem Gemeinnützigkeits-Interesse der GÖD nicht im Einklang stehen – denn beispielsweise darf „eine Bauvereinigung nicht unter dem überwiegenden Einfluss einer Privatstiftung stehen“, und genau das hat schon in der Vergangenheit stattgefunden.

Die UGÖD fordert deshalb:

- ✓ Eine garantierte Erhaltung der Gemeinnützigkeit der WBV GÖD durch die Politik
- ✓ Einen GÖD-Vorstandsbeschluss gegen Privatisierungsinteressen von „Immobilienentwicklern“ an der WBV GÖD,
- ✓ Das aktive Anstreben einer gerichtlichen Klärung der Eigentümerschaft an der WBV GÖD bzw. an deren Muttergesellschaft „Gesellschaft zur Förderung des Wohnbaus GmbH“ durch die GÖD selbst
- ✓ Eine Überprüfung der Aufsichtstätigkeit der betroffenen Wohnbaubehörden nach dem WGG

- ✓ Eine sofortige Rückabwicklung der nach dem WGG (insbesondere §§9-10a) unrechtmäßigen bisherigen Eigentumsübertragungen – und die Prüfung aller Eigentumsübertragungen seit 2004.

Zur Eigentümerschaft der WBV-GÖD

Offiziell findet sich seit 2004 im Firmenbuch als Eigentümer der WBV GÖD eine Art „Muttergesellschaft“, die unter dem Namen „Gesellschaft zur Förderung des Wohnbaus GmbH“ firmiert und die anfänglich von einem Dr. Gerhard Renner (2/3) und einer TARES-Vermögensverwaltung GmbH (1/3) als Gesellschafter kontrolliert wurde. Nach dem Abtreten von Dr. Gerhard Renner sind 2009 für einen Tag zwei Privatstiftungen („Venus Privatstiftung“, „Holder-Privat-Stiftung“) im Firmenbuch eingetragen, denen ab diesem Zeitpunkt die wirtschaftliche Eigentümerschaft zugeordnet gewesen sein dürfte. In diesen beiden Privatstiftungen finden sich beispielsweise so illustre Stiftungsräte wie Dr. Franz Guggenberger, der gleichzeitig der Rechtsanwalt und Parade-Treuhänder vom „Heumarkt-Investor“ Michael Tojner ist, oder auch ein Dr. Johannes Hübner, der bis 2017 für die FPÖ im Nationalrat war. Dr. Franz Guggenberger wurde ab 2009 in den Aufsichtsrat der WBV GÖD berufen und wurde 2015 sogar Minderheitsteilhaber der Muttergesellschaft der WBV GÖD.

Gleichzeitig wurde im April 2015 auch ein Dr. Christian Hosp – er hat eine Schweizer Adresse – als 2. Geschäftsführer der „Muttergesellschaft“ installiert. 2017 taucht im Firmenbuch eine „Keystone-Holding“ wiederum für einen Tag als Gesellschafter auf, von der die Medien berichten, dass sie die Schweizer Firma des DDr. Michael Tojner sei. Danach wird die „Christian Hosp Beteiligungsgesellschaft GmbH“ zu 99% Eigentümerin der Muttergesellschaft der WBV GÖD.

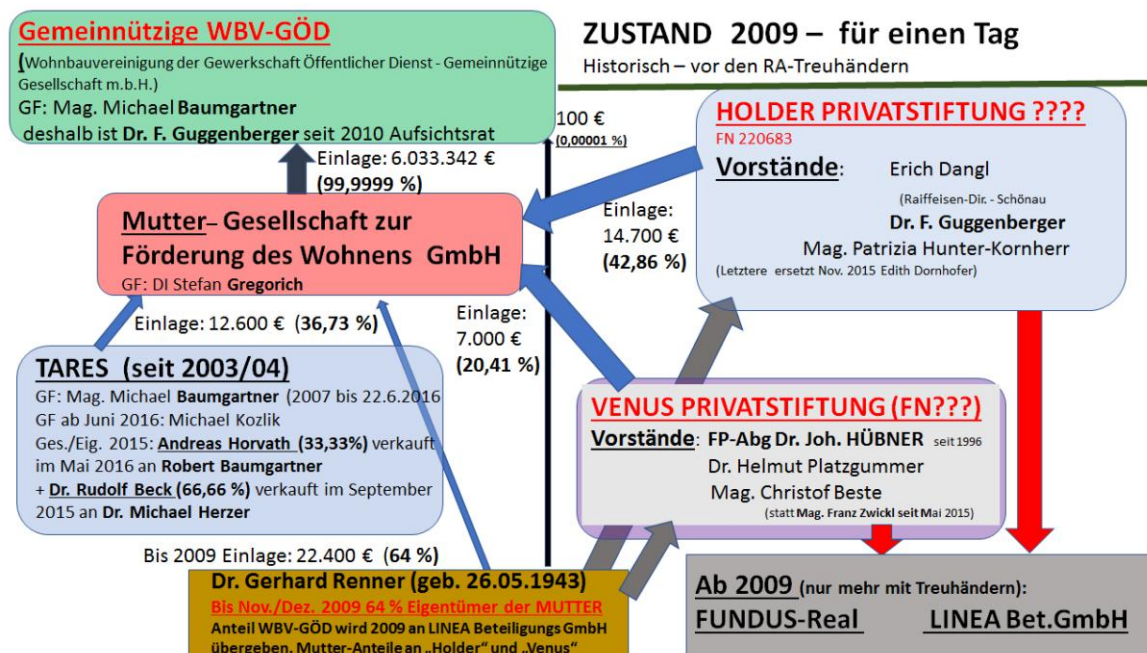
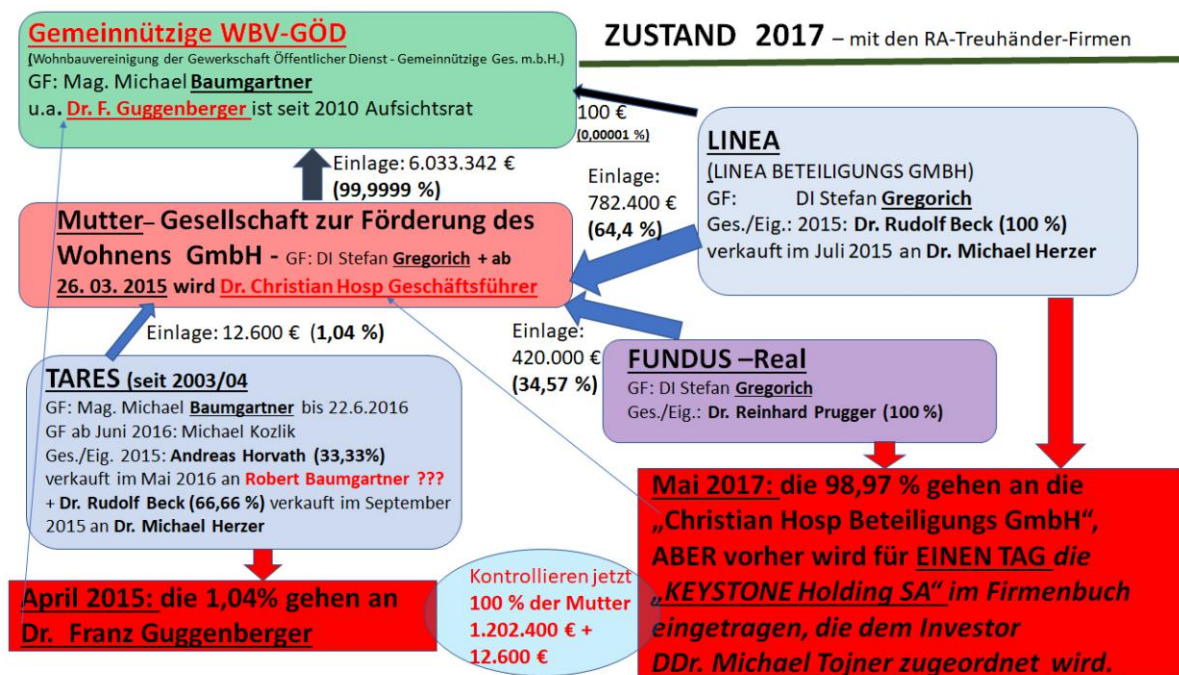
Durch eine Sonderprüfung der Wohnbaubehörde MA50 der Stadt Wien ergab sich, dass diese neue Eigentümerschaft wegen der rechtlichen Vorgaben der Gemeinnützigkeit von „Bauvereinigungen“ gar nicht zustande hätte kommen dürfen, denn das hätte alles der Stadt Wien bzw. der MA50 gemeldet und von dieser genehmigt werden müssen. Das

Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz sieht vor, dass Bauvereinigungen nicht im Einfluss von anderen Unternehmen des Baugewerbes stehen dürfen bzw. auch nicht im Einfluss von Privatstiftungen, die wiederum durch Personen aus dem Baugewerbe kontrolliert werden. All dies ist aber bei den DDr. Michael Tojner zugeordneten Firmen bzw. bei den Firmen seiner Treuhänder der Fall. Alle Transaktionen seit 2009 könnten illegal gewesen sein (lt. §§ 9-10a WGG), daher ist eine gerichtliche Prüfung sämtlicher Vorgänge notwendig.

UGÖD fordert Transparenz

Die UGÖD als anerkannte Fraktion in der GÖD seit 2012 fordert Transparenz, eine aktive Rolle der GÖD bei der Aufklärung der Transaktionen, ein Bekenntnis zur Durchsetzung der Erhaltung der Gemeinnützigkeit sowie das Angebot von umfassendem Rechtsschutz durch die GÖD für alle MieterInnen der WBV GÖD.

Undurchsichtig: Wer kontrolliert heute die Muttergesellschaft der WBV GÖD?



Das Thema WBV GÖD in den Medien:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170625_OT0023/wbv-goed-investmentkonstrukt-um-michael-tojner-greift-nach-tausenden-sozialwohnungen

<https://www.pressreader.com/austria/kurier/20170704/281651075130095>

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170704_OT0145/deeskalationsschritte-bei-wbv-goed-eingeleitet

<http://derstandard.at/2000060157217/Sonderpruefung-fuer-Wohnbaudeal>

<http://derstandard.at/2000060748236/Streit-um-WBV-GOeD-Investor-Tojner-lenkt-ein>

<http://derstandard.at/2000060785880/Streit-um-Wohnbaudeal-in-Tojner-Umfeld-wird-begraben>

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170627_OT0189/sonderpruefung-der-verdachtsfaelle-gegen-mag-baumgartner-und-di-gregorich

<https://www.news.at/a/streit-um-gemeinnuetzige-wohnbauten—investor-tojner-lenkt-ein-8216287>

https://www.immobiliemagazin.at/artikel/eskalation_bei_der_wohnbauvereinigung_der_g_oed/2017.8253/

<https://www.pressreader.com/austria/die-presse/20180207/281642485623284>



Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Bundesleitung der UGÖD, Belvederegasse 10/1, A-1040 Wien
Fax: (01) 505 19 52-22, email: office@ugoed.org

Vorsitzende:

Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 2:

Medieninhaber (Verleger) sind die Unabhängigen Gewerkschafter/innen im Öffentlichen Dienst (UGÖD).
Die UGÖD ist ein eingetragener Verein (ZVR-Zahl 126495968).

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 4:

Die Blattlinie entspricht den Vereinszielen der UGÖD gemäß Vereinsstatut.

Verweise und Links:

Die UGÖD hat keinerlei Kontrolle über die Websites Dritter und die dort angebotenen Informationen, Waren oder Dienstleistungen.
Die UGÖD übernimmt daher keinerlei Verantwortung, aus welchem Rechtsgrund auch immer, für den Inhalt der Websites Dritter.

Bildmaterial:

Falls nicht explizit anders gekennzeichnet: UGÖD, wikimedia.org, pixabay.com, freeimages.com, eigenes Material